ARGUMENTE • POSITIONEN • PERSPEKTIVEN

Streitzeit

DGB Bayern

Nr.8
30.08.2022

Soziale Schieflage in Bayern bekämpfen!

Anfang Juli 2022 wurde der fünfte bayerische Sozialbericht veröffentlicht. In ihrer Regierungserklärung zum Sozialbericht kommt die bayerische Sozialministerin Ulrike Scharf zu dem Schluss, es gehe den Menschen in Bayern trotz Mehrfachkrisen und akuter Sorgen „alles in allem nach wie vor gut". Diese Einschätzung teilen weder die Gewerkschaften und ganz sicher nicht diejenigen, die in Bayern von Niedriglöhnen und Armut betroffen sind. Statt konsequent die sozialen Missstände in Bayern zu beschreiben und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, um diese einzudämmen, wird Bayern im Sozialbericht als Chancenland für alle dargestellt.

Armut beseitigen

Es geht nicht darum, Bayern schlecht zu reden. Der Sozialbericht zeigt, dass Bayern ein Land mit hoher Lebensqualität ist. Allerdings zeigt er auch auf, dass es im reichen Bayern eine soziale Schieflage gibt. Von Armut besonders betroffen sind u.a. Arbeitslose, Alleinerziehende, kinderreiche Familien und ältere Menschen, insbesondere ältere Frauen. Das gilt es nicht nur klar zu benennen, sondern auch politisch dagegen zu steuern. So braucht es in Bayern etwa mehr und gute Kinderbetreuungsstrukturen, damit Eltern erwerbstätig sein können. Hier hat der Freistaat noch immer großen Nachholbedarf.

Eine gerechte Verteilung sieht anders aus!

Der Blick auf die Vermögensverteilung zeigt, dass jeder private Haushalt in Bayern ein durchschnittliches Nettogeldvermögen von 74.715 Euro und ein durchschnittliches Immobilienvermögen von 182.040 Euro hat. Das sind jedoch Durchschnittswerte. Nach wie vor gibt es erhebliche Teile der Bevölkerung ohne Geldvermögen, ohne Immobilie, ja sogar mit negativem Vermögen, sprich Schulden. Und auch bei der Einkommensverteilung zeigt sich ein drastisches Gefälle: Die oberen 10 Prozent der Bevölkerung vereinen auf sich fast 23 Prozent des gesamten Nettoäquivalenzeinkommens und damit so viel wie die unteren 40 Prozent. Für die untersten 10 Prozent der Einkommensbezieher bleiben gerade mal 3,4 Prozent des Einkommens. Hintergrund ist neben einer verfehlten Steuerpolitik, die hohe Einkommen und Vermögen begünstigt, die Prekarisierung am Arbeitsmarkt.

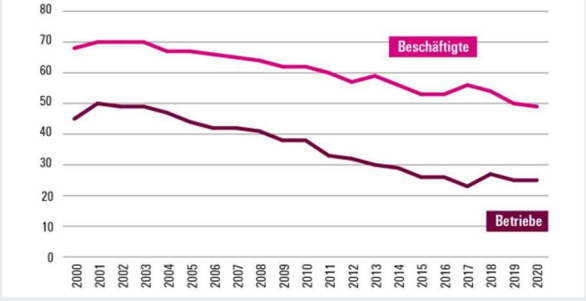
Maßnahmen gegen Prekarisierung? Fehlanzeige!

Laut dem Sozialbericht waren 17,7 Prozent aller bayerischen Beschäftigten im Jahr 2017 zu Niedriglöhnen beschäftigt. Frauen waren dabei mehr als doppelt so oft betroffen wie Männer. Darüber hinaus nimmt der Anteil der tarifgebundenen Unternehmen laut Sozialbericht weiter ab. Nur noch knapp über ein Viertel der Betriebe in Bayern sind tarifgebunden.

Bezeichnend ist, dass im Sozialbericht zu den Feldern Niedriglohn und Tarifbindung keinerlei Maßnahmen zu finden sind. Hier lassen wir als Gewerkschaften nicht locker. Wer Niedriglöhne und damit auch Altersarmut eindämmen will, der muss vor allem an die Tarifbindung ran. Daher bleibt unsere Forderung, ein bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz einzuführen, das Gebot der Stunde.

Entwicklung der Tarifbindung in Bayern seit 2000

Betriebe und Beschäftigte in Betrieben mit Tarifbindung, in Prozent



Quelle: WSI (Tarifbindung in den Bundesländern, 04/2022)

Vom Versuch, Armut kleinzurechnen…

Es ist ein wiederholtes Schauspiel, das sich im bayerischen Sozialbericht abspielt. Es geht um die Armutsgefährdungsquote.
Diese ist ein Kernindikator zur Messung relativer Einkommensarmut. Warum relativ? Natürlich wären Bayerns Arme in Kalkutta oder Mogadischu weniger arm oder sogar reich. Diese Menschen leben aber nicht irgendwo, sondern mitten unter uns, im reichen Bayern mit seinen hohen Lebenshaltungskosten.

Als Grundlage der Berechnungen des Sozialberichts wird nun aber die bundesweite Armutsgefährdungsschwelle herangezogen. Hierbei werden die regionalen Unterschiede im Einkommensniveau zwischen Bund und Bayern jedoch gar nicht berücksichtigt. Wie zeigt sich der Unterschied? Der Sozialbericht weist für 2019 eine Armutsgefährdung von 11,9 Prozent aus. Wird auf den bayerischen Median abgestellt, sind es im gleichen Jahr 14,7 Prozent. Armut lässt sich somit klein rechnen, verschwinden tut sie damit nicht.

V.i.S.d.P.: Herbert Hartinger
DGB-Bezirk Bayern
Neumarkter Straße 22
81673 München
Telefon: 089-51 700-210
Telefax: 089-51 700-244
E-Mail: bayern@dgb.de